

Bundesamt für Energie
Sektion BP
3003 Bern

Per Mail: energiestrategie@bfe.admin.ch

Bern, 28. Januar 2013

Vernehmlassung: Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Einladung, uns im Rahmen der Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 zu äussern. Zur Erarbeitung einer konsolidierten Stellungnahme haben wir eine verbandsinternen Umfrage bei allen 125 Mitgliedern des Schweizerischen Städteverbandes durchgeführt. Unsere Stellungnahme trägt somit den Anliegen von grossen, mittleren und kleinen Städten sowie Agglomerationsgemeinden Rechnung. Zudem sind die Interessen der Organisation Kommunale Infrastruktur in die vorliegende Stellungnahme eingeflossen.

1. Vorbemerkungen

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz. Diese spielen als wichtige energiepolitische Akteure eine Schlüsselrolle in der Umsetzung der Energiestrategie 2050. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben mit der Umsetzung der Energiewende längst begonnen – manche schon lange vor dem AKW-Unglück von Fukushima. Sie versorgen ihre Bevölkerung mit erneuerbaren Energien, investieren in Produktionsanlagen für erneuerbare Energien und entwickeln nachhaltige Energiekonzepte im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft. Mehrere Mitgliedsstädte haben den Atomausstieg in Volksabstimmungen beschlossen, und im Mai 2011 ergab eine verbandsinterne Umfrage eine klare Mehrheit für die Energiewende.

Der Städteverband unterstützt deshalb die grobe Stossrichtung der Energiestrategie 2050, auch wenn aus Sicht der Städte und städtischen Gemeinden verschiedene Aspekte noch zu korrigieren sind (vgl. unten und die Hinweise im Fragebogen). Dies gilt namentlich für den ungenügenden Einbezug der kommunalen Ebene. Angesichts der stärker dezentral ausgerichteten Energieversorgung ist es unabdingbar, dass der Bund in seiner Energiepolitik neben den Kantonen auch die Städte und Gemeinden einbezieht und ihnen Spielräume für die Erreichung von zuweilen sehr ambitionierten Zielen wie z.B. der 2000-Watt-Gesellschaft einräumt.

Positiv wird beurteilt, dass der Bundesrat mit der Energiestrategie 2050 nicht nur eine reine Stromstrategie vorlegt, sondern die Diskussion hin zu einer Gesamtenergiestrategie öffnet. Trotz der weiterhin stark präsenten Elektrizitätsfrage zeigt die Energiestrategie 2050 auf, wie die Schweiz die Abhängigkeit von nuklearen und fossilen, aus dem Ausland importierten Energien langfristig reduzieren und die Energieversorgung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz umstellen kann. Auch unter Wahrung der Versorgungssicherheit erachten wir diese Umstellung unseres Energiesystems als sozial ausgewogen und tragbar. Unseres Erachtens wird die Energiestrategie 2050 nicht nur Kosten verursachen, sondern der Wirtschaft – national, aber vor allem für das Gewerbe in den Regionen – positive Impulse geben und auf diesem Weg nachhaltig für mehr Beschäftigung und Einkommen sorgen.

Ungenügend behandelt sehen wir in der Energiestrategie 2050 namentlich den Mobilitätsbereich, der immerhin rund 35 % des Gesamtenergieverbrauchs ausmacht. Ebenso verfolgt die Energiestrategie in weiten Teilen noch einen stark sektoriell geprägten Ansatz. Dagegen verspricht erst eine gesamtheitliche Betrachtungsweise der verschiedenen Energiebereiche (Wärme, Elektrizität, Mobilität) und Energieträger (u.a. auch (erneuerbares) Gas), die Erschliessung wesentlicher Effizienzpotenziale.

2. Bemerkungen zu ausgewählten Themen

2.1 Rolle der Städte und Gemeinden

Zahlreiche Städte und Gemeinden verfolgen eine aktive Energiepolitik und sind dadurch, wie erwähnt, Schlüsselpartner in der Umsetzung der Energiestrategie 2050. Dies umso mehr, als gerade die Kommunen sich bereits seit längerer Zeit für eine betont nachhaltige, auf die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ausgerichtete Energiepolitik engagieren. Diese energiepolitische Realität wird in der geltenden Energiegesetzgebung wie auch im Entwurf des neuen Energiegesetzes (EnG) nur unzureichend abgebildet. Deshalb beantragen wir, dass das neue Energiegesetz der Rolle der Städte und Gemeinden in der Energiepolitik Rechnung trägt.

Änderungs-Anträge im EnG

- Art. 5 Abs. 1: Bund, und Kantone, Städte und Gemeinden koordinieren ihre Energiepolitik und berücksichtigen die Anstrengungen der Wirtschaft. Der Bundesrat kann in Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden und den betroffenen Organisationen Massnahmen zur Zielerreichung festlegen.
- Art. 5 Abs. 2: Der Bund und, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, die Kantone, Städte und Gemeinden arbeiten für den Vollzug dieses Gesetzes mit den Organisationen der Wirtschaft zusammen.
- Art. 7 Abs. 2: Sie [die Energieversorgung] ist Sache der Energiewirtschaft. Bund, und Kantone so wie Städte und Gemeinden sorgen für die Rahmenbedingungen, die erforderlich sind, damit die Energiewirtschaft diese Aufgabe im Gesamtinteresse optimal erfüllen kann.
- Art. 9 Abs. 1: Zeichnet sich ab, dass die Versorgung der Schweiz mit Elektrizität längerfristig nicht genügend gesichert ist, so schaffen Bund, und Kantone, Städte und Gemeinden im

Rahmen ihrer Zuständigkeiten rechtzeitig die Voraussetzungen, dass Produktionskapazitäten bereit gestellt werden können. [...]

- Art. 42 Abs. 1: Die sparsame und rationelle Energienutzung sowie die Nutzung erneuerbarer Energien sind in der Regel von nationalem Interesse. Die Kantone, Städte und Gemeinden schaffen im Rahmen ihrer Gesetzgebung günstige Rahmenbedingungen zugunsten dieser Anliegen.
- Art. 47 Abs. 1: Das BFE, ~~und~~ die Kantone, Städte und Gemeinden informieren und beraten die Öffentlichkeit und die Behörden über die Sicherstellung einer wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung, die Möglichkeiten einer sparsamen und rationellen Energienutzung sowie über die Nutzung erneuerbarer Energien. Sie koordinieren ihre Tätigkeiten. Dem BFE obliegt vorwiegend die Information, den Kantonen, Städten und Gemeinden hauptsächlich die Beratung.
- Art. 47 Abs. 2: Bund, ~~und~~ Kantone, Städte und Gemeinden können im Rahmen ihrer Aufgaben zusammen mit Privaten Informations- und Beratungsorganisationen schaffen. Der Bund kann Kantone, Städte, Gemeinden und private Organisationen bei ihrer Informations- und Beratungstätigkeit unterstützen.
- Art. 48 Abs. 1: Der Bund fördert in Zusammenarbeit mit den Kantonen, Städten und Gemeinden die Aus- und Weiterbildung von Personen, die mit Aufgaben nach diesem Gesetz betraut sind.
- Art. 49 Abs. 1: [...] Er berücksichtigt dabei die Anstrengungen der Kantone, Städte und Gemeinden sowie ~~und~~ der Wirtschaft.
- Art. 58 Abs. 1: Die Kantone, Städte und Gemeinden vollziehen Artikel 42 sowie die Artikel 6, 11, 13, 16, 47 und 48, soweit diese Bestimmungen es vorsehen. [...]

Begründung

1. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 erfordert das Engagement aller Staatsebenen. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden müssen ihre jeweilige Energiepolitik aufeinander abstimmen und tragen gemeinsam die Verantwortung für das Gelingen der Energiewende. Entsprechend soll dies auch im EnG zum Ausdruck kommen.
2. Städte und Gemeinden spielen in der Energieversorgung und -politik eine wichtige Rolle. Schätzungsweise 55 bis 60 % der Schweizer Bevölkerung beziehen ihren Strom von einem Energieversorger in kommunalem Besitz. Die Gasversorgung ist zum grossen Teil eine kommunale Angelegenheit. Gleich wie die Kantone arbeiten bereits heute zahlreiche Städte in der Energiepolitik mit der Wirtschaft zusammen (vgl. Art. 5 Abs. 2), sorgen für Rahmenbedingungen für die Energieversorgung (vgl. Art. 7 Abs. 2), führen eigene Gebäudeprogramme (vgl. Art. 42 Abs. 1), bieten eigene Beratungsangebote an (vgl. Art. 47 Abs. 1) und betreiben auch eigene Programme in der Energieforschung (vgl. Art. 49 Abs. 1). Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen entsprechen den bestehenden Realitäten.
3. Städte und Gemeinden sind bereits in anderen Bereichen, in denen sie ebenfalls eine wichtige Rolle spielen, in den entsprechenden Bundesgesetzen erwähnt, so beispielsweise in Art. 5 des

Kulturförderungsgesetzes (KFG) oder Art. 1 und 2 des Raumplanungsgesetzes (RPG). Die vorgeschlagenen Änderungen entsprechen bewährter Praxis.

4. In Artikel 50 der Bundesverfassung verpflichtet sich der Bund, bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden zu beachten und dabei insbesondere auf die besondere Situation der Städte, Agglomerationen (und der Berggebiete) Rücksicht zu nehmen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen sind, indem sie mit Art. 50 BV übereinstimmen, verfassungskonform.

2.2 Programm EnergieSchweiz: Information und Beratung sowie Aus- und Weiterbildung

Das Aktionsprogramm EnergieSchweiz, das seit 2001 als zentrale Plattform für Vernetzung, Koordination, Information und den Austausch in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien dient, verfügt bereits über einen beachtlichen Leistungsausweis. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 soll das Programm neu ausgerichtet und die finanziellen Mittel von 30 Mio. Franken im Jahr 2012 auf 55 Mio. ab 2015 erhöht werden. Ein zentraler Schwerpunkt innerhalb von EnergieSchweiz ist dabei derjenige der «Städte/Gemeinden/Quartiere/Regionen», der von aktuell 3,8 Millionen auf 8,2 Millionen Franken pro Jahr ausgebaut werden soll.

Der Schweizerische Städteverband stimmt der Mittelerhöhung von EnergieSchweiz sowie insbesondere derjenigen für den Schwerpunkt «Städte/Gemeinden/Quartiere/Regionen» zu. Denn infolge einer künftig stärker dezentral geprägten Energieversorgung wird die Bedeutung der Städte und Gemeinden und ihrer Energieversorgungsunternehmen zunehmen – eine Tendenz, die auch weltweit zu beobachten ist. Deshalb gilt es, die Potentiale für die Erzeugung von erneuerbaren Energien und die Förderung von Energieeffizienz auf kommunaler Ebene auszuschöpfen, wie es EnergieSchweiz vorsieht. Dies auch in dem Sinne, dass die Gemeinden unterstützt werden, ihre energiepolitischen Handlungsspielräume bestmöglich zu nutzen.

Das Teilprogramm «Energie Schweiz für Gemeinden» weist im Vergleich der verschiedenen Programme von Energie Schweiz ein ausgezeichnetes Kosten-/Nutzenverhältnis auf. Während das Budget von «EnergieSchweiz für Gemeinden» für die eigentliche Arbeit in und mit den Energiestädten seit 2004 mehr oder weniger konstant blieb, stieg die Anzahl der Energiestädte im gleichen Zeitraum von 125 auf mehr als 300. Die Zahl der Mitgliedergemeinden im Trägerverein Energiestadt hat sich zwischen 2004 und 2011 mehr als verdoppelt. Zudem löst ein Franken Bundesmittel im Rahmen einer Energiestadt-Zertifizierung weitere 2.20 Franken auf kommunaler (und teilweise kantonaler) Ebene aus.

Der Ausbau des Schwerpunkts «Städte/Gemeinden/Quartiere/Regionen» ist sowohl finanz-, wie auch energiepolitisch sinnvoll, da pro eingesetzten Franken der wohl grösste Mehrwert erzielt werden kann. Das Programm EnergieSchweiz soll gemäss Vorschlag im Massnahmenpaket integral ausgebaut werden. Wie unter «Rolle der Städte und Gemeinden» ausgeführt, beantragen wir, die Artikel 47 und 48 des EnG so anzupassen, dass sie der geltenden Realität entsprechen (siehe oben).

2.3 Globalbeiträge und Finanzhilfen

Wie unter «2.1 Rolle der Städte und Gemeinden» bereits ausgeführt, sind Städte und Gemeinden in verschiedenen Bereichen der Energiepolitik aktiv. Sie arbeiten mit der Wirtschaft zusammen, sorgen für Rahmenbedingungen für die Energieversorgung, führen eigene Gebäudeprogramme, bieten eigene Beratungsangebote an und betreiben eigene Programme in der Energieforschung. Entsprechend sollten sie vom Bund auch als Partner für Globalbeiträge und für Finanzhilfen an Einzelprojekte anerkannt werden.

Änderungs-Antrag im EnG

- Art. 51 Abs. 1: Der Bund kann Massnahmen nach den Artikeln 47, 48 und 50 entweder in der Form von jährlichen Globalbeiträgen an die Kantone sowie Städte und Gemeinden oder als Finanzhilfe an Einzelprojekte fördern.
- Art. 51 Abs. 2: a. die für die Gewährung von Globalbeiträgen von den Kantonen, Städten und Gemeinden zu erfüllenden Voraussetzungen.
- Art. 52 Abs. 1: Globalbeiträge werden nur gewährt, sofern ein Kanton, eine Stadt oder Gemeinde, über ein Programm im jeweiligen Bereich verfügt. Sie dürfen den vom Kanton, der Stadt oder Gemeinde zur Durchführung des Programms bewilligten jährlichen Kredit nicht überschreiten.
- Art. 52 Abs. 3: Im Bereiche Energie- und Abwärmenutzung sind mindestens 50 Prozent des einem Kanton, einer Stadt oder Gemeinde zugesprochenen Globalbeitrags zur Förderung von Massnahmen Privater reserviert. Die Unterstützung von Massnahmen im Gebäudereich erfolgt zudem nur, sofern das kantonale oder kommunale Förderprogramm die Erstellung eines Gebäudeenergieausweises mit Beratungsbericht vorschreibt;
- Art. 52 Abs. 4: Die Höhe der Globalbeiträge an die einzelnen Kantone, Städte und Gemeinden bemisst sich nach der Wirksamkeit des kantonalen oder kommunalen Förderprogramms und der Höhe des kantonalen oder kommunalen Kredits. Die Kantone, Städte und Gemeinden erstatten dem BFE jährlich Bericht.

2.4 Förderung der Geothermie

Der Städteverband unterstützt das Bestreben des Bundes, die Geothermie und insbesondere die Tiefengeothermie stärker zu fördern. Damit bis 2050 rund 4,29 TWh Strom aus der Tiefengeothermie stammen kann, braucht es rasch vertiefte Kenntnisse über den tiefen Untergrund. Auch verschiedene Städte und Gemeinden leisten ihren Beitrag zu derartigen Explorationsarbeiten. Die vorgesehene Einspeisevergütung soll u.E. für mindestens 20 Jahre ausgerichtet werden und muss den besonderen Verhältnissen in der Schweiz Rechnung tragen.

Wir regen an zu prüfen, ob die Tiefengeothermie raumplanerisch gleich behandelt werden sollte wie die Wind- und Wasserkraft. Entsprechend müsste in Art. 11 und Art. 13 auch die Geothermie erwähnt werden.

Änderungs-Antrag im EnG

Art. 34 Abs. 1: Zur Risikoabsicherung von Investitionen im Rahmen der Vorbereitung und Errichtung von Geothermie-Anlagen können Garantien geleistet werden. Deren Höhe beträgt höchstens in der Regel 60 Prozent der Investitionskosten.

2.5 Abwärmenutzung

Die Thematik der Abwärmenutzung hat in der Vorlage zu wenig Niederschlag gefunden. Abwärmeequellen, beispielsweise aus Rechenzentren oder Industriebetrieben, sind gezielter als bisher auch über die Arealgrenzen hinaus zu nutzen (vgl. auch Watt d'Or-Preisverleihung 2013). EnG Art. 42 zur sparsamen und rationellen Energienutzung soll im Absatz 1 um diesen Aspekt erweitert werden. Ferner ist in einem eigenen Buchstaben im Absatz 3 festzulegen, dass zu prüfen sei, ob bei grossen Abwärmemengen eine arealübergreifende Nutzung technisch und wirtschaftlich machbar ist, allenfalls zur Speisung eines grösseren Niedertemperaturverbundes.

Änderungs-Antrag im EnG

Art. 42 Abs. 1: Die sparsame und rationelle Energienutzung sowie die Nutzung ~~erneuerbarer von~~ Abwärme und erneuerbaren Energien sind in der Regel von nationalem Interesse.

Art. 42 Abs 3: f. die Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit der arealübergreifenden Nutzung von grossen Abwärmemengen.

2.6 Gebäude

Weil die politische Zuständigkeit für die Energie in Gebäuden überwiegend bei den Kantonen liegt, erachten wir die Aussagen in der Vernehmlassungsvorlage als wenig aussagekräftig. Auch wenn die ersten Ausführungen der Kantone zu den zukünftigen Absichten (MuKEN 2014) in eine zweckmässige Richtung weisen, ist sicherzustellen, dass zukünftig die Städte bei der Erarbeitung der Vorschriften im Gebäudebereich einbezogen werden, nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass zahlreiche Städte aufgrund ihrer Gemeindeordnung weitergehende energie- und Klimaschutzpolitische Vorgaben umzusetzen hat. Da die dichte Bebauung und der Gebäudebestand mit einem hohen Anteil an Stockwerkeigentum und gemeinnützig erstellten Wohnbauten stadt-spezifische Eigenheiten darstellen, braucht es etwa bei grundstückübergreifenden Energieverbünden aller Art, den Vorschriften für teilenergieautarke Gebäude oder den Vorgaben an die nachhaltige Bewirtschaftung der Bauten stadtverträgliche Ansätze. Wir wünschen uns vom Bund insbesondere in diesem Bereich, dass er die Bedeutung der Städte anerkennt und die Kantone dazu verpflichtet, die Städte bei der Erarbeitung und Umsetzung der gebäudebezogenen Vorschriften einzubeziehen.

2.7 Wärme-Kraft-Kopplung

Aus Sicht des Städteverbandes soll das mit dem Abschalten der Kernkraftwerke wegfallende Stromangebot grundsätzlich durch die Förderung von Energieeffizienz (sowie auch Suffizienz) und erneuerbaren Energien ersetzt werden. Sollte in einer Übergangsphase nicht genügend Strom zur Verfügung stehen, sollen die meistgenannten Optionen Stromimport, Gaskombikraftwerke (GuD) sowie Wärmekraftkopplungs-Anlagen (WKK) über gleich lange Spiesse verfügen. Namentlich in dicht besiedelten Gebieten bieten WKK-Anlagen in einer integralen Betrachtung der Energieversorgung unter Einbezug der Strom-, Gas- und Wärmenetze erhebliche Vorteile gegenüber den anderen genannten Optionen.

Grundsätzlich begrüsst der Städteverband die Bestrebungen des Bundes, die WKK-Technologie zu fördern, beurteilt das in der Energiestrategie vorgelegte Fördersystem aber noch als mangelhaft und verbesserungsfähig. Damit die WKK-Technologie ihren sinnvollen Platz in der Energiestrategie 2050 findet, sind für die WKK-Förderung folgende Rahmenbedingungen vorzusehen:

- Die Förderung darf fossile WKK nicht attraktiver werden lassen als neue erneuerbare Energien.
- Für die WKK-Technologie sollen gleiche (klima-)rechtliche Bedingungen gelten wie für Gaskombikraftwerke und den Stromimport.
- Indem WKK-Anlagen nur gefördert werden, wenn sie den Anteil erneuerbarer Brennstoffe ausbauen, soll die Bedeutung der fossilen WKK als Brückentechnologie betont werden.
- WKK-Anlagen sollen schwerpunktmässig im Hochtemperaturbereich (bspw. Industrie oder geschützte Bauten) oder bei Wärmeverbünden zum Einsatz gelangen.

Im Rahmen einer WKK-Förderung scheint uns die Anschubfinanzierung von Wärmenetz-Infrastrukturen das erfolgversprechendste Instrument. Dank den im urbanen Raum bestehenden Wärmedichten ermöglichen diese Netzinfrastrukturen nicht nur einen effizienten Betrieb der WKK-Anlagen, sondern lassen diese zugleich zu hochwillkommenen Speicheranlagen für erneuerbare Energien werden. Trotz der vorgesehenen Steigerung der Gebäude-Sanierungsraten, dürfte der Wärmebedarf nur langsam sinken. Dies gilt namentlich in Städten mit vielen historischen Gebäuden sowie in Gebieten, in denen keine Wärmepumpen möglich sind.

2.8 KEV für Kehrrichtverbrennungs- und Kläranlagen

Mit dem willkürlichen Ausschluss dieser Anlagenkategorien wird ein grosses Potenzial für erneuerbare Energieerzeugung nicht genutzt. In der Realität entwickeln sich diese Anlagen immer mehr zu hybriden Entsorgungs-, Recycling- und Energieanlagen. Aus Sicht der Städte als Anlagenbetreiber und der kommunalen Gebührenzahler ist die allenfalls mögliche minimale Querfinanzierung irrelevant, da die KEV-Vergütungen keinesfalls ausreichen, um das Entsorgungs- und Recyclingverhalten der Bevölkerung über monetäre Anreize negativ zu beeinflussen. Entscheidend ist, dass mit jedem eingesetzten Abwasser- und Abfallgebührenfranken das Optimum bei der Ressourcenschonung und gleichzeitiger Energienutzung ausgenutzt wird.

Die Weiterführung der KEV ist daher eine zentrale Voraussetzung, dass bei künftigen Anlagenplanungen und Anlagenerneuerungen die Energiepotenziale gut genutzt werden. Gleichzeitig sind die Anforderungen an neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle sowie Ersatzanlagen mit Vorschriften

zum Gesamtenergiewirkungsgrad in der Technischen Verordnung über Abfälle so zu definieren, dass solche Anlagen nur an Standorten bewilligungsfähig sind, wo auch die Wärmeenergie optimal genutzt werden kann. Wir verlangen daher, dass die bewährten KEV-Regelungen für Kehrrichtverwertungs- und Klärgasanlagen weitergeführt werden, bis ein genereller Systemwechsel zu Lenkungsmodellen vollzogen wird.

Änderungsantrag im EnG

Art. 18 Abs. 3 Ganzer Absatz 3 streichen.

Art 31 Abs. 2 Ganzer Absatz 2 streichen.

2.9 Verhältnis zur Strommarktöffnung

Die schrittweise Marktöffnung und die Entflechtung des Strommarktes brachte bereits und bringt für die Energieversorgungsunternehmen noch gewaltige Veränderungen mit sich. Eine Vielzahl an Abläufen und Prozessen sind im Rahmen der Stromversorgungsgesetzgebung neu festgelegt worden. Bei der Durchsicht der Vernehmlassungsvorlage zum neuen Energiegesetz ist an verschiedener Stelle die Frage aufgetaucht, inwiefern die Kongruenz mit dem bereits implementierten Rollenmodell und den Entflechtungsvorgaben sichergestellt ist. Die Thematik zeigt sich beispielsweise bei der Festlegung von Ausbauzielen gemäss EnG Art. 2 und 4 oder der Forderung nach Datentransparenz gemäss EnG Art. 62. Der Städteverband fordert den Bund auf, diesen Abgleich umfassend sicherzustellen und den Zeitplan für die weiteren Schritte ebenfalls festzulegen.

2.10 Internationale Vereinbarungen

Bereits heute tragen die internationalen Verflechtungen entscheidend zur sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung der Schweiz bei. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 und vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Europäischen Energiebinnenmarkt nimmt die Bedeutung von international berechenbaren Rahmenbedingungen zu. Der Schweizerische Städteverband unterstützt deshalb die Absicht des Bundesrates, möglichst rasch ein Energieabkommen mit der Europäischen Union abzuschliessen. Dass zudem die Kooperation mit Nachbarstaaten und die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen im Energiebereich verstärkt werden soll, wird vom Städteverband ebenfalls gutgeheissen.

2.11 Energieabgabe (ab 2020)

Der Städteverband unterstützt die Pläne des Bundesrates, für die Zeit nach 2020 eine Energieabgabe auf sämtlichen Energieträgern mit Rückerstattung an Wirtschaft und Bevölkerung vorzusehen. Ein derartiges Lenkungssystem hat gegenüber heute praktizierten Fördersystemen den Vorteil, dass es von einer Gesamtenergiebetrachtung ausgeht und als Gesamtsystem effektiver wirkt als Fördersysteme. Deshalb ist es wichtig, dass der Bund die Vorarbeiten für die Einführung einer umfassenden Energieabgabe rasch an die Hand nimmt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Direktorin

Dr. Marcel Guignard,
Stadtammann Aarau

Renate Amstutz

Beilage Fragebogen

Kopie Dr. Marcel Guignard, Stadtammann Aarau
Schweiz. Gemeindeverband, Urtenen-Schönbühl

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Schweizerischer Städteverband SSV

gemeinsam mit der **Organisation Kommunale Infrastruktur OKI**

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	4
Energieeffizienz	5
Gebäude	5
Mobilität.....	8
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	9
Industrie und Dienstleistungen	10
Erneuerbare Energien	12
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	13
Einspeisevergütungssystem	14
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	16
Netzzuschlag.....	16
Fossile Kraftwerke	17
Netze	22

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Mitglieder des Städteverbands haben in einer Umfrage im Jahr 2011 den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie klar befürwortet. Die Vorlage konkretisiert diesen Ausstieg. Der Schweizerische Städteverband ist daher mit der Vernehmlassungsvorlage trotz mehreren substanziellen Vorbehalten im Sinn eines Eintretensvotums einverstanden. Dem Anspruch nach einer umfassenden Energiestrategie wird das vorliegende Massnahmenpaket nur teilweise gerecht. Da Abstimmung mit der Klimapolitik ist nur ansatzweise zu erkennen. Netzkonzvergenz- und Speicherfragen werden zu wenig behandelt. Die Abfolge der in den kommenden Jahren geplanten Gesetzesänderungen zu den Dossiers Energiestrategie, Netzstrategie, Strommarktöffnung und der skizzierte Wechsel von Fördersystemen zu Lenkungssystemen haben starke Wechselwirkungen und sind besser abzustimmen. Für unsere Kernforderungen verweisen wir auf das separate Begleitschreiben.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

In den Städten manifestieren sich die Wechselwirkungen zwischen energie- und klimapolitischen Massnahmen klar. Viele Städte orientieren sich an langfristigen Zielen zur gleichzeitigen Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen.

Wir begrüssen daher, dass in der Zeit nach 2020 die Klima- und Energiepolitik strategisch neu ausgerichtet und vor allem enger abgestimmt werden soll und ein Wechsel von Fördersystemen zu Lenkungssystemen angestrebt wird. Die Energieabgabe ist auf allen Energieträgern zu erheben. Beim Systemwechsel ist darauf zu achten, dass die Investitionssicherheit über realistische Zeiträume gewährleistet bleibt und eine Phase der Verunsicherung möglichst vermieden werden kann. Deshalb sind die Eckpunkte der zukünftigen Lenkungssysteme rasch zu definieren.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mehrere Städte haben den Atomausstieg schon in Eigenregie durch Volksabstimmungen beschlossen. Daher ist ein Entscheid auf Bundesebene nicht der einzige Treiber, eine neue Energiepolitik im Sinne der Energiestrategie 2050 umzusetzen. Bundespolitisch muss der Atomausstieg dennoch eine zwingende Politikmaxime sein. Die Massnahmenpakete haben sich daran auszurichten.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Mitglieder des Städteverbands haben in einer Umfrage im Jahr 2011 den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie klar befürwortet. Der Erfolg der Energiewende hängt von möglichst klaren Rahmenbedingungen ab, die für mehrere Jahrzehnte gelten und über diesen Zeitraum Investitionssicherheit gewährleisten müssen. Wenn KKW weiterhin Optionen sind, dann ist die Energiewende gefährdet.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Schweizerische Städteverband begrüsst die Verankerung von realistisch-ambitionierten Mindestzielwerten auf Gesetzesstufe. Damit wird eine politische Planungssicherheit erreicht. Wir erachten allerdings die Angabe von Zielwerten im Genauigkeitsbereich von 10 Gigawattstunden über einen Zeitraum von knapp vierzig Jahren als unseriös und verlangen entsprechende Rundungen im Artikel 2 EnG. Als Orientierungshilfe könnte der "Absenkpfad 2000-Watt-Gesellschaft" mit Zwischenzielen von Energiestadt ins Gesetz geschrieben werden. Bei den Verbrauchszielen unter Art. 4 Abs. 1 wäre noch zu definieren, ob es sich beim durchschnittlichen Energieverbrauch um End- oder Primärenergie handelt. Zudem ist der Ausdruck "anzustreben" wenig konkret.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Gebäudeprogramm ist wie andere Förderinstrumente wie die KEV eine relativ «junges» Instrument, das aber mittlerweile bekannt, anerkannt und in gewissem Sinn auch durchaus wirksam ist. Es wäre fahrlässig, dieses jetzt wieder aufzugeben.

Allerdings besteht unter Energie- und Umweltfachleuten einer Reihe von Städten eine gewisse Einigkeit, dass das Gebäudeprogramm nur sehr bedingt dazu geeignet ist, die heute zu tiefe Quote energetischer Sanierungen von rund 1% substantiell (auf 2-3%) zu erhöhen. Erhöht hat das Programm nicht die Sanierungsquote, sondern vielmehr – und das ist durchaus positiv zu werten – die energetische Qualität der Sanierungen.

Ferner wird die CO₂-Abgabe, die klar als Lenkungsinstrument konzipiert wurde, durch die Teilzweckbindung zur Finanzierung der Fördermassnahme Gebäudeprogrammes eingeschränkt. Auch sind hohe Mitnahmeeffekte zu beobachten.

Der Städteverband ist deshalb zwar grundsätzlich einverstanden, das Gebäudeprogramm weiterzuführen und mit mehr Mitteln aus der CO₂-Abgabe auszustatten, stellt aber dazu folgende Anforderungen:

Eine schrittweise Ablösung durch stärker lenkende Massnahmen wie eine höhere CO₂-Abgabe ist anzustreben. Art. 34, Abs. 4 im CO₂-Gesetz ist deshalb unbedingt beizubehalten.

Die einzelnen Förderbeiträge sind wieder zu erhöhen, sicher aber nicht noch mehr zu senken, damit die gewünschten Anreize auch tatsächlich gesetzt werden können.

Gesuchsteller haben nachzuweisen, dass die Sanierung einem Gesamtkonzept oder, wenn etappiert, einem konzeptuellen Vorgehen unterliegt. Eine Beratungspflicht, in deren Rahmen dieser Anspruch objektspezifisch geprüft und/oder vermittelt werden kann, ist zu prüfen.

Förderbeiträge sind neu auch für Ersatz-Neubauten auszurichten, da so oft mit den gleichen Mitteln erheblich mehr Wirkung erzielt werden kann.

Änderungsantrag in Artikel 34 CO₂-Gesetz: Verminderung der CO₂-Emissionen bei Gebäuden

1 Ein Drittel des Ertrags aus der CO₂-Abgabe, höchstens aber 300 Millionen Franken pro Jahr, wird für Massnahmen zur Verminderung der CO₂-Emissionen bei Gebäuden verwendet. In diesem Rahmen gewährt der Bund den Kantonen globale Finanzhilfen an:

- a. die energetische Sanierung bestehender beheizter Gebäude sowie die Realisierung weitergehender energetischer Mindeststandards bei Ersatzneubauten
- b. die Förderung der erneuerbaren Energien, der Abwärmenutzung und der Gebäudetechnik im Umfang von höchstens einem Drittel der zweckgebundenen Erträge pro Jahr.

...

3 Die Höhe der Finanzhilfen richtet sich nach der Wirksamkeit der Massnahmen. Zur Sicherstellung der Wirksamkeit sind insbesondere:

- c. die konkreten Förderbeiträge ausreichend hoch festzulegen, um zusätzliche Anreize für energetischen Sanierungen zu erzeugen
- d. die Ausrichtung von Förderbeiträgen zu knüpfen an:
 - den Nachweis eines Gesamtsanierungskonzept oder eines konzeptuellen Vorgehens, abhängig von der Grösse des betreffenden Gebäudes und dem Sanierungsprojekt
 - eine spezifische Vor-Ort-Beratung zur geplanten Sanierung

4 Die Gewährung der Finanzhilfen an die Kantone ist bis Ende 2019 befristet.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)
- ☒ Variante 2 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)
- ☐ Keine der beiden Varianten
- ☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Variante 2 sieht eine Erhöhung der Mittel aus der CO₂-Teilzweckbindung von 300 auf 450 Millionen Franken vor, ohne eine prozentuale Veränderung des Beitrages der Kantone von einem zusätzlichen Drittel (150 Millionen Franken). Diese Variante bedingt eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf mindestens 90 Franken pro Tonne CO₂, dafür werden im Gegensatz zur Variante 1, die eine Aufstockung der kantonalen Mittel erfordert, die kantonalen Staatshaushalte weniger stark belastet.

Eine Überwälzung der Kosten auf die Kantone lässt auch höhere Lasten für Städte und Gemeinde erwarten. Deshalb befürworten wir Variante 2. Auch begrüssen wir die im Vergleich zur Variante 1 grössere Verbesserung der Lenkungswirkung der CO₂-Abgabe durch die höhere CO₂-Abgabe (CHF 90 statt 60).

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqües} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei der heute geltenden Regelung ist nicht die energetische Qualität der Sanierungsmassnahme für den Steuerabzug massgeblich. Dies hat zur Folge, dass zu einem beträchtlichen Teil Steuerabzüge für die Kosten von Massnahmen gewährt werden, die gesetzlich vorgeschrieben sind und/oder auch sonst ausgeführt worden wären. Die Mitnahmeeffekte werden daher auf 70 bis 80% geschätzt – das bedeutet 800 Millionen bis 1.3 Milliarden Franken pro Jahr als indirekte Subvention ohne Nutzen zur Verbesserung der energetischen Gebäudequalität.

Es ist daher sehr zu begrüessen, wenn der Steuerabzug künftig an das Einhalten / Erreichen eines energetischen Mindeststandards gekoppelt wird. Um sinnvolle, fachlich etablierte Strukturen zu nutzen und Bürokratie zu reduzieren, sollte sich dieser Mindeststandard am Gebäudeenergieausweis der Kantone GEAK orientieren.

Diese Massnahme könnte gegebenenfalls wirksamer sein als das Gebäudeprogramm. Es überzeugt deshalb nicht unbedingt, dieses äusserst sinnvolle Instrument erst in über zehn Jahren – ab 2025 – in Kraft zu setzen. Die Investitionssicherheit für Gebäudebesitzer ist auch mit Inkrafttreten der gesamten Energiestrategie ab 2015 ausreichend gegeben. Andernfalls würden weitere zehn Jahre lang in hohem Umfang klimapolitisch kontraproduktive Steueranreize gesetzt. Wir verlangen deshalb, dass die neue Regelung möglichst bereits 2015 eingeführt wird.

Auch die geplante Streckung der Steuerabzugsfähigkeit ist zu befürworten. Dadurch wird – insbesondere bei kleineren und mittleren Einkommen – dem heute existierenden Fehlanreiz entgegen gewirkt, energetische Sanierungsvorhaben in Teilsanierungen über mehrere Jahre aufzuteilen. Energetisch und ökonomisch sinnvoller sind nämlich Gesamtsanierungen, die aus einem Guss geplant sind und koordiniert durchgeführt werden. Insofern ist die Richtung der Neuregelung zu begrüessen.

Zu prüfen ist sogar, ob die Steuerabzugsfähigkeit auf bis zu 5 Jahre aufgeteilt werden kann, damit auch energetisch anspruchsvolle Gesamtsanierungen bei kleineren und mittleren Einkommen finanzierbar werden (vgl. Frage 6).

Es gibt in diesem Kontext zwei ähnlich relevante Fragestellungen, die ebenfalls anzugehen sind:

- Bildung von Rückstellungen/Schaffung Unterhaltskonto: Die Erfahrungen zeigen, dass viele Gebäudeeigentümerschaften keine Unterhaltskonten haben. Da auch bei grösseren Bauvorhaben höchstens 70 % der Baumassnahmen als Mehrwert betrachtet werden können, stellen die fehlenden Rückstellungen für die Werterhaltung häufig ein erhebliches Hindernis. Es ist daher dafür zu sorgen, dass zukünftig gebäudebezogene Rückstellungen ohne steuerrechtliche Nachteile für die Eigentümerschaft erfolgen können.
- Stockwerkeigentum: Der aktuelle rechtliche Rahmen für Stockwerkeigentümerschaften ist vielfach untauglich, zukunftsgerichtete Strategien z.B. bezüglich der energetischen Aspekte in Stockwerkeigentümerschaften umsetzen zu können. Es sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit zukünftig die Umsetzung solcher Konzepte einfacher möglich ist.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen grundsätzlich sehr, dass der Bundesrat den Zielwert für die Neuwagenflotte (130g CO₂/km bis 2015) auf den Zeitpunkt 2020 weiter senken will, erachten aber die Zielreduktion als zu wenig weitgehend. In Anbetracht des aktuellen Absenkpades der Schweizer Neuwagenflotte von 198g CO₂/km (2002) über 155g CO₂/km (2011) auf 130g CO₂/km bis 2015, ist ein Durchschnittsziel von 95g CO₂/km bis 2020 geradezu bescheiden.

Wie bereits 2009 in unserer Antwort zur Anhörung der Motion 07.3004 zur Revision des CO₂-Gesetzes fordern wir deshalb immer noch ein Neuwagenflottenziel von 80g CO₂/km bis 2020. Die Erfahrungen seit 2009 und auch die neuesten Vorgaben in den USA illustrieren, dass ein 80g CO₂/km Ziel bis 2020 technisch sinnvoll und möglich ist.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sinngemäss wie zu Frage 10.

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen die Streichung der Artikel 43 bis 46 EnG.

Generell sind Massnahmen der EVU zur Verbesserung der Energieeffizienz bei den Endverbrauchern zu begrüssen. Quantitative Einsparverpflichtungen sind aber kritisch, da das Einsparpotential von Kundenstamm zu Kundenstamm sehr verschieden ist. Eine einheitliche Einsparquote kann für einzelne EVU unrealistisch hoch liegen.

Zielführender scheinen massnahmenbasierte Vorschriften bei freiwilliger Teilnahme der Endverbraucher, etwa die landesweite Einführung eines Effizienzbonus, von Energieberatung oder eine Ausdehnung der wettbewerblichen Ausschreibungen.

Das vorgeschlagene System «Weisser Zertifikate» wäre sowohl für den Bund als für die EVU äusserst aufwändig. Ungewiss ist ferner, ob in der Schweiz für Weisse Zertifikate überhaupt ein transparenter und liquider Markt entstehen würde. Die Erfahrungen aus dem CO₂-Emissionshandelssystem sind diesbezüglich nicht ermutigend. Im Gegenzug beantragen wir, Effizienzbonusmodelle gesetzlich zu verankern.

Ergänzungsantrag im EnG: Neuer Artikel 43

Endkunden können sich gegenüber Ihrem Netzbetreiber/Elektrizitätslieferanten zur stetigen Steigerung der Effizienz verpflichten. Bei Erreichung der Ziele gewähren Ihnen die Netzbetreiber /Elektrizitätslieferanten einen Effizienzbonus auf den Energie- und Netznutzungstarifen. Der Bundesrat regelt den Geltungsbereich, Finanzierungsfragen und die Minimalanforderungen an solche Effizienzbonusmodelle.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Datenherausgabe nach EnG Art. 62 sollte klar aus den Anforderungen des Monitorings von EVU-Verpflichtungen und aus dem Anliegen der Wechselkunden im liberalisierten Markt betreffend leicht zugänglicher transparenter Information begründbar sein. Für geplante Energieeffizienz-Massnahmen ist das nicht einsichtig. Die Angaben zu geplanten Massnahmen gemäss Art. 62, Abs. 1 c sind von der Herausgabepflicht und Veröffentlichungspflicht auszunehmen. Der Vollzug des neuen Art. 62 muss administrativ so einfach wie möglich gehalten werden und mit den Vertraulichkeitsanforderungen an Daten gemäss StromVG Art. 14 abgestimmt werden.

Änderungsantrag Art. 62 Abs. 1 Bst c EnG

getroffene ~~oder geplante~~ Massnahmen zur Förderung des sparsamen und rationellen Elektrizitätsverbrauchs sowie der Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls die Effizienzmassnahmen für EVU gemäss EnG Art. 43 bis 46 gegen unseren Antrag eingeführt werden, sind diese Bestimmungen mit denjenigen des Artikels 33 hinsichtlich den Optionen und Vorschriften für die EVU abzustimmen. EVU müssten an wettbewerblichen Ausschreibungen teilnehmen können und die Massnahmen müssten zur Zielerreichung anrechenbar sein. Insbesondere die Aspekte der Elektrizitätsverteilung sind dannzumal sinnvollerweise nicht in Artikel 33 sondern in den Artikel 43 bis 46 zu regeln.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Entlastung basierend auf dem absoluten Stromverbrauch, die einer Spezialbehandlung von Grossverbrauchern gleichkommen würde, lehnen wir in dieser Form ab. Wirtschaftspolitisch ist es aber sinnvoll, für stromintensive Unternehmen gewisse Entlastungen, jedoch keine vollständige Rückerstattung der Zuschläge, vorzusehen. Über den Netzzuschlag werden gemäss Vernehmlassungsunterlagen zur Energiestrategie 2050 inskünftig auch Massnahmen finanziert, die im Zusammenhang mit der mittelfristigen Stromversorgungssicherheit stehen. Dies ist auch im Interesse der betroffenen Unternehmen. Daher sollen auch weiterhin alle Unternehmen einen Basis- Netzzuschlag entrichten. Gleichzeitig ist die heutige Regelung gemäss StromVG Art. 15b Abs.3 weiterzuführen, d.h. der Netzzuschlag wird bei stromintensiven Unternehmen auf maximal 3% der Elektrizitätskosten beschränkt.

Den Artikeln 36, 37 sowie 71 EnG stimmt der Städteverband zu.

Änderungsantrag EnG Art. 38 Abs.1

Endverbraucherinnen und Endverbraucher ~~mit einem jährlichen Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0.5 GWh~~, deren Elektrizitätskosten mehr als 10 Prozent der Bruttowertschöpfung ausmachen, erhalten den bezahlten Netzzuschlag auf Gesuch hin zu maximal 80 Prozent zurück, wenn sie sich gegenüber dem Bund verpflichten:

...

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Städteverband unterstützt das Anliegen, die Voraussetzungen für die Realisierung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien im Bereich der Raumplanung zu verbessern, sofern die Berücksichtigung der kommunalen Interessen auch gesetzlich verankert wird. Unter diesem Vorbehalt und mit dem Änderungsantrag zur Berücksichtigung der Gemeinden stossen die vorgesehene gemeinsame Planung, der gesamtschweizerische Ausbaupotentialplan für erneuerbare Energien sowie die Verpflichtung der Kantone, geeignete Gebiete und Gewässerstrecken in Richt- und Nutzungsplänen aufzunehmen, auf Zustimmung.

Wie Art. 1 und 2 RPG festhalten, nehmen die Gemeinden ebenfalls raumplanerische Aufgaben wahr. Entsprechend sind sie bei der Planung von Standorten für die Nutzung von erneuerbaren Energien besonders einzubeziehen. Dies entspricht auch den Vorgaben des Raumkonzepts Schweiz, das von den drei Staatsebenen gemeinsam erarbeitet und im vergangenen Jahr formell verabschiedet worden ist. Weiter sagen die Städte und städtischen Gemeinden auch Ja zu den entsprechenden Massnahmen 15 und 16 im Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050.

Änderungsantrag Art. 11 Abs. 3 EnG

Die Kantone stimmen sich untereinander ab und beziehen die Gemeinden und weitere betroffenen Kreise ein. Sie erstellen insbesondere eine Planung für die Wasser- und die Windkraft.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Städteverband begrüsst diesen Grundsatz, verlangt aber die formale Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden in EnG Art. 13.

Ergänzungsantrag Art. 13 EnG

Die Kantone sorgen dafür, dass die für die Nutzung geeigneten Gebiete und Gewässerstre-

cken im Richtplan festgelegt werden, insbesondere für die Wasser- und für die Windkraft. Sie berücksichtigen dabei die Interessen der Städte und Gemeinden.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen, dass Anlagen oder Anlagegruppen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse sind. So wird die Ausgangslage für die Interessensabwägungen zwischen Schutz und Nutzung bei individuellen Projekten verbessert.

Hingegen lehnen wir eine generelle Höherwertigkeit dieser Anlagen im Sinne von Art. 6 Absatz 2 NHG ab. Die Schutzobjekte gemäss dem Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN) sollen auch weiterhin einen hohen Schutzstatus haben.

Änderungsantrag Art. 14 Abs 2 EnG

Neue Anlagen oder Anlagegruppen zur Nutzung erneuerbarer Energien sind ab einer bestimmten Grösse und Bedeutung von einem nationalen Interesse, das gleichwertig ~~oder höherwertig~~ im Sinn von Artikel 6 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) ist.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der neuen Eigenverbrauchsregelung können wir nur zustimmen, wenn parallel dazu im Stromversorgungsgesetz (StromVG) eine Anpassung vorgenommen wird. Auch Produzenten, welche von der Eigengebrauchsregelung Gebrauch machen, müssen sich solidarisch an den Netzkosten beteiligen. Daher ist das StromVG anzupassen.

Änderungsantrag Art. 14 Abs. 3 Bst c StromVG

Sie müssen im Netz eines Netzbetreibers pro Spannungsebene und Kundengruppe einheitlich

sein. Eine Kundengruppe bilden auch Produzenten, die nach Art. 7 Abs. 2bis (neu) EnG die selbst produzierte Energie ganz oder teilweise selber verbrauchen. Sie schulden das Netznutzungsentgelt gemäss Abs. 1-3 dieses Artikels und die damit verbundenen Abgaben nach Art. 15b EnG nach Massgabe ihres gesamten Verbrauchs. Produzenten haben die administrativen Mehrkosten zu tragen.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrrechtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mit dem willkürlichen Ausschluss dieser Anlagenkategorien wird ein grosses Potenzial für erneuerbare Energieerzeugung nicht genutzt. In der Realität entwickeln sich diese Anlagen immer mehr zu hybriden Entsorgungs-, Recycling und Energieanlagen. Aus Sicht der Städte als Anlagenbetreiber und der kommunalen Gebührenzahler ist die allenfalls mögliche minimale Querfinanzierung irrelevant, da die KEV-Vergütungen keinesfalls ausreichen, um das Entsorgungs- und Recyclingverhalten der Bevölkerung über monetäre Anreize negativ zu beeinflussen. Entscheidend ist, dass mit jedem eingesetzten Abwasser- und Abfallgebührenfranken das Optimum bei der Ressourcenschonung und gleichzeitiger Energienutzung ausgenutzt wird.

Die Weiterführung der KEV ist daher eine zentrale Voraussetzung, dass bei künftigen Anlagenplanungen und Anlagenenerneuerungen die Energiepotenziale gut genutzt werden. Gleichzeitig sind die Anforderungen an neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle sowie Ersatzanlagen mit Vorschriften zum Gesamtenergiewirkungsgrad in der Technischen Verordnung über Abfälle so zu definieren, dass solche Anlagen nur an Standorten bewilligungsfähig sind, wo auch die Wärmeenergie optimal genutzt werden kann.

Wir verlangen daher, dass die geltende KEV-Regelungen für Kehrrechtverwertungs- und Klärgasanlagen weitergeführt werden, bis ein generelle Systemwechsel zu Lenkungsmodellen vollzogen wird.

Antrag: Art. 18 Absatz 3 EnG und Art 31 Absatz 2 EnG sind zu streichen.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Gesetzesentwurf widerspricht der Nichtdiskriminierung von Technologien. Die Geste-
hungskosten der Photovoltaik nähern sich den denjenigen der übrigen erneuerbaren Ener-
gieträger an. Photovoltaik ist für die Kommunikation der Energiewende in der Bevölkerung
ein zentraler Sympathieträger und wird auch bei neuen Speichertechnologien (Power to Gas)
eine wichtige Rolle spielen. Mit der vorgeschlagenen starren Mengenbegrenzung ist eine er-
folgreiche, glaubwürdigen Kommunikation und Motivation der städtischen Energiefachstel-
len massiv erschwert. Der Druck auf die Städte wird zunehmen, eigene Fördermittel für Pho-
tovoltaik bereitzustellen. Diese Lastenverschiebung lehnen wir ab.

Denkbar ist eine Kontingentierung für Anlagen mit Geste-
hungskosten über einem Referenz-
wert. Anlagen mit tieferen Kosten sollen nicht limitiert werden. Die Referenzkosten können
in einem Ausschreibeverfahren ermittelt werden.

Änderungsantrag Art. 20 EnG (Neuformulierung)

Der Bundesrat kann die Mittel im Einspeisevergütungssystem für Betreiber von Photovoltaik-
anlagen begrenzen, deren Geste-
hungskosten einen Referenzwert überschreiten. Der Referenzwert wird periodisch mittels eines Ausschreibeverfahrens ermittelt.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separaten Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist die kostengünstigste, transparenteste und effektivste Organisationform zu wählen. Da-
bei ist Swissgrid sicher ein möglicher Träger.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aufgrund der heutigen langen Warteliste bei Photovoltaikanlagen ist die Gewährung einer Einmalvergütung geeignet, die Investitionsentscheide zugunsten von Photovoltaikanlagen insbesondere bei privaten Investoren positiv zu beeinflussen. Die in Artikel 30 EnG vorgeschlagene Begrenzung dieser Mittel erachten wir aber als kontraproduktiv.

Antrag: Art 30 EnG ist zu streichen.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

Siehe Frage 22.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe Frage 22.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Entfernung des Gesamtdeckels und der Teildeckel erachten wir als erforderlich, um den Umbau des Energiesystems voranzubringen, solange noch nicht vom Förder- zum Lenkungs-system gewechselt wird. Betreffend der Kontingentierung bei der Photovoltaik-Grossanlagen verweisen wir auf unseren Antrag zur Frage 22. Zu erwägen ist, den Ausbau der Netze infolge vermehrt dezentral anfallender Solarenergie auch in zu definierendem Umfang über den Netzzuschlag zu finanzieren und Art. 36 Abs. 2 entsprechend zu ergänzen.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss den Szenarienberechnungen des BFE zum Stromangebot zeigt sich im vom Bund in der Energiestrategie 2050 erhofften Szenario, dass mit dem Einsetzen der Wirkungen der ersten vorgeschlagenen Massnahmen ab 2020 die Nachfrage stagnieren wird. Mit dem schrittweisen Abschalten der bestehenden Atomkraftwerke und dem Auslaufen der Beteiligungen an ausländischen KKW wird ca. ab 2030 trotz des forcierten Zubaus neuer erneubarer Energien und der einsetzender Wirkung der Effizienzmassnahmen ein Nachfrageüberhang erwartet, der sich erst um 2050 wieder schliessen soll.

Aktuell stehen drei Optionen im Vordergrund, wie dieser Nachfrageüberhang, so er denn entsteht, gedeckt werden soll:

1. Stromimporte
2. Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke (GuD)
3. Wärme-Kraft-Kopplung-Anlagen (WKK)

Aus Sicht des Städteverbandes ist grundsätzlich mit einem forcierten Engagement im Bereich Effizienz und erneuerbare Energien (sowie Suffizienz) dafür zu sorgen, dass ein solcher Nachfrageüberhang nicht entsteht. Sollte es sich aber zeigen, dass für eine Übergangsphase zu wenig Strom zur Verfügung steht, ist dafür zu sorgen, dass die genannten drei Varianten im Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen gleiche Voraussetzungen erhalten. Ferner ist

zu vermeiden, dass beim Eintreten einer Notwendigkeit der fossilen Stromproduktion aus Gas vorschnell auf die heute scheinbar vorteilhaftere Lösung grosser Gaskombikraftwerke (GuD) in Kombination mit Wärmepumpen gesetzt wird.

Aus unserer Sicht bieten WKK-Anlagen in einer integralen Betrachtung der gesamten Energieversorgung unter Einbezug der Strom, Gas- und Wärmenetze erhebliche Vorteile gegenüber der:

- WKK-Anlagen sind rasch verfügbar und können den unregelmässig anfallenden Strom aus Wind- und Sonnenenergie ausgleichen. Sie können damit einen wichtigen Beitrag leisten zur Stromversorgungssicherheit ohne massiven Ausbau der übergeordneten Netzversorgungsstrukturen. In Verbindung mit PV sind WKK-Anlagen die ideale Ergänzung zur Bereitstellung des für die Versorgungssicherheit und Netzstabilität wichtigen Grundlastdargebots.
- Die CO₂-kompensatorische Wirkung von Wärmepumpen in Verbindung mit der fossilen Stromproduktion ist bei wärmegeführten dezentralen WKK-Anlagen wegen der betrieblichen Zeitgleichheit deutlich besser gegeben als bei GuD-Anlagen.
- WKK-Anlagen generieren einheimische Wertschöpfung und sind Stromimporten vorzuziehen.
- Maximaler Wirkungsgrad: WKK-Anlagen werden zunächst mit Erdgas und je länger je mehr mit erneuerbarem Gas (Biogas, Solar- und Windgas) betrieben. Durch die gleichzeitige Nutzung von Strom und Wärme lassen sich Wirkungsgrade von gesamthaft gegen 100 Prozent erreichen.
- Das dichte Schweizer Erdgas-Netz ermöglicht den Betrieb in Städten wie auch in den Agglomerationen, wo gleichzeitig auch ein Maximum an Wärme genutzt werden kann. Besonders in Städten mit hoher Bebauungsdichte und mit vielen Vorschriften bezüglich Denkmal- und Ortsbildschutz wird auch weiterhin Wärme auf einem Niveau benötigt wird, das vorderhand mit Wärmepumpen nicht zu decken sind. Eine verbesserte Wärmepumpen-Technologie, die dies ermöglicht, ist heute noch nicht ersichtlich.
- WKK-Anlagen können grosse Fernheizkraftwerke für die Industrie und auch kleiner Anlagen für Mehr- oder Einfamilienhäusergruppen sein.
- WKK-Anlagen erreichen dann einen hohen Wirkungsgrad, wenn die Abwärme bei der Stromproduktion genutzt wird, z.B. für lokale Heizzwecke.
- Noch zuwenig in Betrachtung gezogen wird das Potential von WKK-Anlagen für die Mobilität: Der Nutzen des Energieinhalts des Treibstoffes, wie er heute in Autos für reine Bewegungsenergie ausgesprochen ineffizient verbrannt wird (Stichwort «fahrende Heizungen»), kann mit einer kombinierten WKK-Anwendung für Elektromobilität sowie Wärme- und Stromgewinnung um einen Faktor 5 gesteigert werden.

Bei der Bewertung der Varianten für die künftige Stromproduktion sollte daher immer eine Gesamtenergiebetrachtung, die Strom, Wärme und Mobilität einbezieht, gemacht werden. Die städtischen Energieversorger sind bereits heute mehrheitlich als Querverbundunternehmen aufgestellt und sind deshalb prädestiniert, mit einem abgestimmte Einsatz von Strom-, Gas- und Wärmenetzen (Netzkonvergenz) einen substantiellen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Aus diesen Gründen begrüsst der Städteverband grundsätzlich die Bestrebungen des Bundes, die WKK-Technologie zu fördern. Dabei dürften WKK-Anlagen im Sinne einer «Brückenlösung» vorerst mehrheitlich mit fossilen Brennstoffen, in der Regel Erdgas, betrieben werden. Aus einer CO₂-Optik ist eine forcierte Produktion von fossil erzeugtem Strom durch WKK aber erst dann angezeigt, wenn ein entsprechender Bedarf effektiv ausgewiesen ist und nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Der mutmassliche Zeitpunkt dürfte in der Schweiz kaum vor 2025 auftreten, wenn das erste AKW das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht.

Um eine optimale Nutzung fossiler Brennstoffe durch die WKK-Technologie sicherzustellen, sollte der Bund in den Ausführungsbestimmung dafür sorgen, dass:

- Fossile WKK auf keinen Fall attraktiver sind als neue erneuerbare Energien. Dazu gehört u.a. eine zeitliche und volumenmässige Limitierung wie bei den erneuerbaren Energien.
- Die WKK-Technologie als Option zur optimalen Nutzung fossiler Brennstoffe im Sinne einer Brückentechnologie gleiche rechtliche Rahmenbedingungen erhält, wie Gaskombikraftwerke und der Import von Graustrom.
- Die WKK-Vergütung an klare energetisch definierte Kriterien gebunden werden, da die Anlagen nur bei konsequenter Wärmeführung einen guten Wirkungsgrad erzielen.
- Als Voraussetzung für die Förderung verlangt ein steigender Anteil erneuerbarer Brennstoffe verlangt wird, damit der fossile Betrieb der WKK-Anlagen zum vorherein klar als Brückenlösung definiert ist.
- WKK-Anlagen schwerpunktmässig bei einem mittelfristig definierten Hochtemperaturbedarf wie z.B. bei Industrie und geschützten Bauten oder bei der Speisung von Wärmeverbünden zum Einsatz gelangen sollten.
- Das Fördersystem Mittel bereitstellt, die es erlauben, Wärmenetze und -verbünde basierend auf einer differenzierten Energierichtplanung zu erhalten, zu erneuern und gezielt auszubauen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Nutzung des Potentials vieler neuer erneuerbarer Energiequellen, denn Wärmeverbünde haben den Vorteil, dass einerseits gezielt WKK-Anlagen eingesetzt werden könnten, welche mit Holz oder Biogas betrieben werden. Andererseits, und besonders wichtig, können Wärmeverbünde nach Ablauf der Nutzungsdauer einer fossil betriebenen WKK-Anlage durch erneuerbare Wärmequellen gespeist werden wie beispielsweise Geothermie, Holzenergie oder erneuerbares Methan («Windgas», «Solargas», Biogas), falls sich die «Power-to-Gas»-Technologie entsprechend entwickelt.

Obwohl der Städteverband eine WKK-Förderung durch den Bund grundsätzlich befürwortet, gehen wir hier nicht im Detail auf den vorliegenden Vorschlag ein, sondern erwarten, dass dieser unter Einbezug unserer Vorschläge ausdifferenziert wird.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Limitierung auf grosse Anlagen lässt ein beträchtliches Potenzial ungenutzt. Gerade im Winter wird eine Restmenge an fossil erzeugtem Strom über die Zeitachse nötig bleiben. Zudem widerspricht ein solcher Ausschluss der dezentralen Orientierung, die gerade der kommunalen Entwicklung entspricht. Dort beginnt man in «kleinen» Schritten – z. B. nach dem Schwarmprinzip stromproduzierender Heizungen im 2- oder gar 1-stelligen kW-Bereich elektrische Leistung. In einem nächsten Schritt wäre z. B. ein Wärmenetz für die Anbindung eines Neubaugebietes sinnvoll.

So wird es möglich, die jeweils beste Technologie in wirtschaftlich verträglichen Ausbausritten einzusetzen. Gerade für die forcierte energetische Sanierung von Bestandsbauten wäre eine Förderung von Mini-BHKW über Investitionsbeiträge analog Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW wirksam. Der Städteverband plädiert deshalb dafür, das Potential kleinerer Anlagen nicht von vornherein aufzugeben, sondern zu prüfen, ob mit differenzierten Bedingungen nicht auch kleine Anlagen sinnvoll möglich sind:

- Energieeffizienz: Kleine WKK-Anlagen müssen unbedingt wärmegeführt sein. Eine ausschliessliche Stromproduktion ist abzulehnen. Ein minimaler Gesamtwirkungsgrad von z.B. 80% ist vorzuschreiben.
- Luftreinhaltung: Die Schadstoffemissionen der WKK-Anlagen pro erzeugte Wärmemenge dürfen nicht wesentlich höher sein dürfen als jene von Heizkesseln. In den Ausführungsbestimmungen sind neben der Höhe der Wärmeleistung auch weitere ökologische Mindestanforderungen, insbesondere Emissionsgrenzwerte für NO_x (unter 100 mg/m³) und Feinstaub vorzusehen. Damit ist bei einem Wechsel der Wärmeerzeugung von einem Heizkessel zu einem Motor zwar immer noch eine Erhöhung der NO_x-Emissionen um rund die Hälfte verbunden. Da ein wesentlicher Teil der Brennstoffenergie in Strom umgewandelt wird, ist aber der damit verbundene Emissionsanstieg angesichts der energiepolitischen Ziele vertretbar.

Eine Lösung wäre die Emissionsbegrenzung direkt in der LRV. Dies würde es den Kantonen erlauben, auf verschärfte Emissionsgrenzwerte in den Massnahmenplänen zu verzichten und damit in der ganzen Schweiz einheitliche Grenzwerte zu bewirken, was sicher auch im Interesse der Branche liegen dürfte.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es muss den Betreibern überlassen werden, ob die CO₂-Emissionen über eine Kompensationszahlung oder ein Kompensationsprojekt abgegolten werden. Grundsätzlich sind WKK und GUD bezüglich Kompensationsverpflichtungen gleich zu behandeln.

Ferner sind die Rahmenbedingungen klarer zu formulieren. Beispielweise muss bei der Anrechnung von Kompensationsleistungen klar das Prinzip der Additionalität zur Anwendung kommen. Das bedeutet, dass beim Ersatz einer fossilen Feuerung durch eine fossile WKK bei der Berechnung der Kompensationsleistung nur der tatsächlich als Wärme abgeführte Teil berücksichtigt wird und auch nur dann, wenn die CO₂-Abgabe durch die Bezüger der Wärme übernommen wird.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Vorschlag 1:

Investitionsbeiträge zum Ersatz bestehender fossiler Heizungen verbunden mit dem gleichzeitigen Anschluss an einen effizienten Wärmeverbund (auf Basis fossiler oder erneuerbarer WKK, Abwärme, Geothermie)

in Kombination mit

Vorschlag 2:

Anschubfinanzierung für Nahwärmenetze (z. B. für 20 Jahre); danach Umstellung auf Geothermie oder andere erneuerbare Energiequellen

Insgesamt verdichten sich die zum Bereich WKK-Förderung (Fragen 26-28) vom Städteverband angeführten Argumente zur generellen Forderung, Wärmenetze und -verbundlösungen mit angemessenen Anschubfinanzierungen zu fördern, da diese Infrastruktur gerade in urbanen Räumen mit hohen Wärmedichten es erlaubt, fossile Brennstoffe optimal auch zur Stromproduktion zu nutzen, wenn dies nach dem Abschalten im Sinne einer «Brückenlösung» der KKW nötig würde. Die gleiche Infrastruktur ist gleichzeitig in urbanen Räumen unabdingbare Voraussetzung zur Nutzung und Speicherung wichtiger erneuerbarer Energien wie der Geothermie, Holzenergie, Abwärmenutzung aus Abfall- und Abwasserwertungsanlagen, Biogas sowie möglicherweise auch «Power-to-Gas»-Anwendungen wie Wind- oder Solargas.

Dem häufig genannten Argument, dass teure Wärmenetze mit der angestrebten energeti-

schen Sanierung des Gebäudeparkes und dem Bau von Plus-Energiehäuser vor Ablauf einer angemessenen Amortisationsfrist obsolet würden, kann entgegnet werden, dass es bei Erneuerungsraten von heute 0.9% und mittelfristig hoffentlich 2-3% noch lange nach 2050 dauern wird, bis substantiell weniger externe Energie für den Wärmebedarf benötigt wird.

Auch sind längst nicht überall hochwertige Isolationen der Gebäudehüllen sowie Wärmepumpenlösungen möglich. Besonders in Städten mit hoher Bebauungsdichte und mit vielen Vorschriften bezüglich Denkmal- und Ortsbildschutz wird auch weiterhin Wärme auf einem Niveau benötigt wird, das vorderhand mit Wärmepumpen nicht zu decken sind. Eine verbesserte Technologie, die dies ermöglicht, ist heute noch nicht ersichtlich.

Schliesslich haben grosse energieintensive Industriebetriebe ebenfalls ein hohes Abwärmepotenzial (Beispiel Swiss Steel AG: 10.6 GWh Strom und 42 GWh Wärme aus Abwärme pro Jahr). Investitionen in die Wärmeauskopplung erfordern aber meist langfristige Amortisationszeiten.

Änderungsantrag Art. 18 Abs. 1 EnG (neuer Bst f)
f Abwärmenutzung aus Industrie.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen die in den Vernehmlassungsunterlagen erörterten Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung, lehnen die Einschränkung des Zugangs ans Bundesgericht, wie sie mit der Änderung des Bundesgerichtsgesetzes vorgesehen ist, jedoch ab. Städte und Gemeinden können bei dieser Frage fallweise Schutz- oder Nutzungsinteressen haben, sodass eine Einschränkung des Zugangs ans Bundesgericht nicht in jedem Fall im Interesse der Städte und Gemeinden ist.

Antrag: Art. 83 Bst. w (neu) Bundesgerichtsgesetz ist zu streichen.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Grundsatz erachtet der Städteverband die Notwendigkeit von Smart-Metering mittelfristig als gegeben. Wir erwarten aber, dass die entsprechenden Bestimmungen in Zusammenarbeit mit der Branche und vor allem auch der Konsumentenorganisationen erarbeitet werden, damit sensible Fragen wie z.B. des Datenschutzes oder der Kostentragung breit abgestützt diskutiert und gelöst werden. Ferner ist eine Abstimmung mit dem Konzept «Strategie Stromnetze» zu gewährleisten.